



## Keine Kompromisse bei Kindern! Kinderschutz als Priorität der nächsten Legislatur

Als landespolitische Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche sieht der Kinderschutzbund Berlin die Wahl des Abgeordnetenhauses 2026 als wichtige Chance, die Bedürfnisse junger Menschen in den Mittelpunkt der politischen Debatte zu rücken. Denn in unsicheren Zeiten werden Kinder oft vernachlässigt. Dabei sind gerade für sie Unterstützung, Rückhalt und eine respektvolle Zuwendung besonders wichtig.

Auf Basis unserer 70-jährigen Erfahrung als sozialer Träger, der Praxis unserer berlinweiten Beratungsstelle für Kinderschutz und unserer täglichen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen fordern wir die demokratischen Parteien in Berlin auf:

### Stellen Sie Kinder und Jugendliche konsequent in den Mittelpunkt der Politik!

Angesichts der Herausforderungen unserer Gesellschaft sind drei Felder zentral:

**Kinderschutz:** Berlin braucht einen starken, sichtbaren und handlungsfähigen Kinderschutz, der präventiv und reaktiv wirkt. Das Netzwerk der Kinder- und Jugendarbeit muss nachhaltig gesichert sein, finanziell wie personell, um effektiv wirken zu können. Nur so ist gewährleistet, dass Kinder in Situationen von Not und Gewalt wirklich kompetente Ansprechpersonen finden.

**Kinderarmut:** In Berlin wächst jedes vierte Kind unter 15 Jahren arm oder armutsgefährdet auf. Das führt zu Benachteiligungen in sehr vielen Lebensbereichen. Damit läuft ein Viertel der jüngsten Bevölkerung strukturell Gefahr, von aktiver Teilhabe ausgeschlossen zu bleiben. Nicht nur um dieser Kinder willen, sondern zum Wohl unserer demokratischen Gesellschaft muss sich das dringend ändern!

**Kinderrechte:** Auch 16 Jahre nach der Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung des Landes Berlin sind die „Rechte des Kindes als eigenständige Persönlichkeit“ noch längst nicht überall im Berliner Leben Realität. Politik, Verwaltung und alle Akteure müssen Kinder und Jugendliche mit ihren besonderen Bedürfnissen täglich mitdenken und bei allen sie betreffenden Entscheidungen berücksichtigen.

Mit Blick auf die bevorstehende Legislatur bedeutet das:

**Damit Berlin einen wirksamen und präventiven Kinderschutz bekommt**, fordert der Kinderschutzbund Berlin:

- **Strukturen handlungsfähig machen:** Der Regionale Sozialpädagogische Dienst ist überlastet und häufig schwer erreichbar. Fachkräfte sind regelmäßig am Limit und dadurch strukturell überfordert. In dieser Situation scheitert Kinderschutz trotz besten Willens aller Beteiligten häufig in der Praxis. **Es braucht dringend strukturelle Veränderungen, damit die Kooperation der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe mit den freien Trägern der Kinder- und Jugendarbeit ein sicheres Fundament bekommt und ihre Wirksamkeit entfalten kann.**



- **Vor häuslicher Gewalt schützen:** Die Zahl der Fälle häuslicher Gewalt gegen Frauen steigt weiter an. Im Haushalt lebende Kinder sind immer mit betroffen, Gewalt gegen Frauen ist immer auch ein Kinderschutz-Thema. **Es ist die Verantwortung der Politik, bewährte Hilfe- und Zufluchtsstrukturen zu erhalten, zu unterstützen und weiter auszubauen.** Entscheidungen müssen sich an den Bedarfen der Betroffenen ausrichten. Frauen und Kinder müssen jederzeit Schutz und Unterstützung finden können.
- **Fachberatung und Schulstationen sichern:** Die Fachberatungsstellen sind bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung erste Anlaufstellen für Eltern wie für Fachkräfte, beraten umfassend und sind zentrale Multiplikator\*innen im Kinderschutz. In den Schulstationen erkennen die Schulsozialarbeitenden frühzeitig mögliche Kindeswohlgefährdungen. Sie intervenieren, um Kinder zu schützen und Situationen zu vermeiden, die Hilfen zur Erziehung erfordern. **Fachberatungsstellen wie Schulstationen der freien Träger müssen dringend langfristig finanziert und in ihren qualitativen Inhalten abgesichert werden.**

**Damit Kinderarmut in Berlin messbar von Jahr zu Jahr weniger Kinder betrifft,** fordert der Kinderschutzbund Berlin:

- **Bezahlbaren Wohnraum sichern:** Viele arme und armutsgefährdete Kinder leben auf engstem Raum, häufig ohne sichere Wohnperspektive. Ältere Geschwister müssen sich Zimmer teilen, junge Heranwachsende können Elternhäuser nicht verlassen und Familien werden bei der Wohnungssuche diskriminiert. **Es ist von größter Bedeutung, konsequent sozialen und bedarfsgerechten Wohnraum für Familien zu schaffen, innovative Lösungen auf dem Berliner Mietmarkt zu entwickeln und Familien sowohl finanziell wie praktisch zu unterstützen.**
- **Armutskompetenz stärken:** Der Abbau von Kinderarmut setzt entsprechende Kompetenzen bei Verwaltungs- und Fachkräften voraus. Wer Armut nicht erkennt, Hintergründe nicht einschätzen kann und keine Handlungskompetenz hat, kann Kinderarmut nicht effektiv verhindern. **Die weitere Professionalisierung des Personals durch systematische Stärkung seiner Armutskompetenz ist daher ein zentraler Schlüssel zur Armutsbekämpfung.** Dies gilt in der Verwaltung ebenso wie in Schule, Sozialpädagogik und Jugendarbeit, und zwar für ausgebildete Personen wie auch in den entsprechenden Ausbildungen sowie Lehr- und Studiengängen.
- **Strategie gegen Kinderarmut vorantreiben:** Die Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut (LK Armut) hat sich zur Aufgabe gemacht, die verschiedenen Angebote zur Teilhabe und Unterstützung von armutsbetroffenen Familien besser zu koordinieren und miteinander zu vernetzen. Der ganzheitliche und kindzentrierte Ansatz ist der richtige Weg, um Maßnahmen zahlreicher Akteure in unterschiedlichen Handlungsfeldern effektiv einzusetzen. **Zur Bekämpfung von Kinderarmut in Berlin braucht es eine armuts-sensible Politik, die die Umsetzung der Strategie der LK Armut entschlossen vorantreibt.**



**Damit Kinderrechte im Berliner Alltag so wichtig werden, wie sie es in der Verfassung schon sind**, fordert der Kinderschutzbund Berlin:

- **Bürokratische Hürden abbauen:** Immer noch sind viel zu viele Anträge nötig, müssen Eltern und Sorgeberechtigte viel zu viele Formulare ausfüllen, damit Kinder wichtige Angebote wahrnehmen können. Mitarbeitende in Schulen, Vereinen und Jugendämtern verbringen Zeit im Umfang zahlreicher Vollzeitstellen mit Verwaltung, statt „am Kind“ zu arbeiten und die pädagogischen Angebote zu machen, für die sie ihren Beruf ergriffen haben. **Alle Verwaltungsvorgänge, die nicht zum Wohle der Kinder wirklich nötig sind, sollten abgeschafft werden.**
- **Therapieplätze zugänglich machen:** In Zeiten multipler globaler Krisen sind die Zahlen psychischer Erkrankungen unter Kindern und Jugendlichen in Berlin hoch. Bundesweite Erhebungen zeigen, dass Minderjährige oft zu spät oder gar keinen Therapieplatz erhalten; für Berlin fehlen entsprechende Zahlen gänzlich. **Hier sehen wir den Senat in der Pflicht, eine transparente Datengrundlage zu schaffen, um eine Anpassung der altersgerechten Bedarfsplanung und die Erhöhung der verfügbaren Therapieplätze zu erreichen.**
- **Kindgerechte Verfahren im Familienrecht:** Familiengerichtliche Verfahren haben entscheidenden Einfluss auf das Leben vieler Kinder. Sie sind in Berlin nicht kindgerecht gestaltet. So wurde 2024 bei keinem einzigen Fall kindgerechtes Informationsmaterial ausgegeben. Ein Verfahrensbeistand soll das Kind in seinem Interesse und zu seinem Wohl vertreten; dessen Bestellung liegt jedoch im Ermessen der Gerichte und ist bislang bei weitem nicht die Regel. Berlin liegt im Ländervergleich weit hinten. **Familienrechtliche Verfahren müssen umgehend kindgerechter werden.**

Stand: 07.04.2026